Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 6

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Am 20. August jährte sich zum zehnten Male das historische Ereignis der

Ermordung von Leo N. Trotzki

in Mexiko. Nachdem einige Monate vorher der Versuch einer größeren Zahl von Attentätern — sie waren in Uniformen der mexikanischen Polizei gekleidet —, die durch eine Leibwache und Stahltüren gesicherte Villa des Schöpfers der «Roten Armee» mit Maschinengewehrfeuer und Bomben zu stürmen, gescheitert war, gelang diesmal das Attentat auf eine besondere Weise. Ein jüngerer Mann, der sich Monate vorher in New York das persönliche Vertrauen einer Sekretärin Trotzkis erworben hatte, war dank seiner Gewandtheit und scheinbaren Zuverlässigkeit allmählich zu einem Mitarbeiter Trotzkis geworden. In dieser Eigenschaft legte er am 20. August 1940 einen Artikel zur Prüfung vor, und während Trotzki mit der Durchsicht beschäftigt war, ergriff der junge Mann — so berichtet die Presse — einen unter seinem Rock versteckten Eispickel, dessen Spitze er 7 cm in den Kopf des Opfers einschlug. Dem 61jährigen Trotzki — «der einzige Mensch, den Stalin ernstlich zu fürchten hatte» — blieb noch die Kraft, sich auf seinen Gegner zu stürzen, indes die Leibwache eindrang und den Attentäter niederschlug. Bezeichnend war, daß der todwunde Trotzki seinen Männern zurief, sie möchten den Attentäter am Leben lassen, damit er zum Sprechen komme. Dann sank er in Bewußtlosigkeit. Er starb nach 26 Stunden. Aber aus dem Attentäter war während der ganzen Dauer des Verfahrens nichts herauszubringen, was von der offiziellen sowjetischen Parole abgewichen wäre, wie sie kurz nach dem Attentat ausgegeben wurde. Der Attentäter sitzt heute in Mexiko im Gefängnis, und es scheint ihm dort ganz gut zu gehen, erhält er doch durch zwei New Yorker Anwälte reichliche Mittel, die ihm eine zusätzliche Ausstattung und Verpflegung ermöglichen. Wer die Mandanten dieser Anwälte sind, weiß freilich niemand. Abschließend sagt man von dem Attentäter, daß er zweifellos an dem Ort, wo er jetzt sei, also im Gefängnis, sich am sichersten befinde.

In den zehn Jahren, die seit jenem bedeutenden Ereignis vergangen sind, hat sich eine ernste Opposition, die dem bolschewistischen Regime in Moskau wirklich hätte gefährlich werden können, nicht mehr zu erheben gewagt. Gewiß bestehen nach dieser oder jener Richtung Strömungen, welche die Politik des Alleinherrschers und seiner Gefolgsmänner in bestimmten Fällen auf andere Weise führen würden. Auch sind ohne Zweifel im Kreise zahlreicher Völker der Sowjetunion, die sich unterdrückt fühlen, Bestrebungen lebendig, dieses Regime abzuschütteln. Allein es wäre sicher durchaus abwegig, aus jener oder dieser Sachlage irgendwie eine Gefahr für

das heutige Regiment der Sowjetunion in einer einigermaßen absehbaren Zukunft ablesen zu wollen. Die Sowjetunion, umgeben von ihren Satelliten, und indem sie die Strahlen ihres Einflusses in nahe und weite Erdteile eindringen läßt, steht heute auf einem Höhepunkt ihrer Macht. In solchen Momenten pflegt kein innerer Widerstand loszubrechen. Ernste Erschütterungen im Innern und eine merkbare Unruhe im Kreise der Satelliten könnten erst im Falle eines ernsten Rückschlages der Gesamtposition merkbar werden. Wir sind überzeugt, daß die russische Staatsführung einen solchen Rückschlag zu vermeiden wissen wird. Und vollends kann man gewiß sein, daß diese Staatsführung es niemals so weit kommen lassen wird, ihre heutige große Macht, ihr Staatsgefüge, das Schicksal ihrer Völker, das immense propagandistische Kapital ihrer Ideologie durch das Eingehen überspannter Risiken aufs Spiel zu setzen.

Die Durchführung des Krieges in Korea

stellt die amerikanische Führung zweifellos vor sehr schwerwiegende Probleme, die keineswegs mehr in erster Linie militärischer Natur sind. Für die weitere Entwicklung der Positionen des Westens in und gegenüber Asien erscheint es von sehr wichtiger Bedeutung, daß die Amerikaner am Ende nicht nur ein militärisches Plus, sondern ebensosehr ein moralisches, ein psychologisches Plus davontragen. Man wird irgendwie dafür sorgen müssen, daß der koreanische Zipfel, der nun und in der weiteren Folge kriegerischer Handlungen zweifellos einer schweren Verwüstung anheimfällt, wieder aufgebaut wird. Auch sollte Korea sein Eigenleben erhalten. Das erfordert, neben den militärischen Leistungen, ganz erhebliche materielle und diplomatische Mittel. Es wäre sicher zweckmäßig, wenn es gelänge, auch für diese Aufgaben, nicht nur für die militärische Sanktion, die Vereinigten Nationen einzusetzen. Dadurch ließe sich das Prestige dieser Organisation nach den schweren Rückschlägen, die es durch die verschiedenen Umstände erhalten hat, in bedeutendem Maße heben, und diese Leistung würde sich in geziemender Weise anreihen lassen an die immerhin bemerkenswerten Leistungen, welche die Organisation, wie sie in ihrem 5. Jahresbericht ausführt, «durch Verhütung oder Beendigung von Kriegen» im Nahen Osten, in Indonesien und im Verhältnis Indien/Pakistan erzielt hat. Das ist freilich ein Bild, das noch sehr stark in die Zukunft hineinspielt. Anderseits wird man sich darüber klar sein, daß heute die Gefahr besteht, Amerika und die andern Völker des Westens vor den Völkern Asiens als ihre Gegner hinzustellen und sie dort verhaßt zu machen, — eine Gefahr, die von der russischen Politik provoziert wurde und selbstverständlich nach allen Möglichkeiten weiter ausgenützt wird. Sicher wird durch das Zusammenspiel dieser Umstände die Perspektive einer Auseinandersetzung in Indochina oder gar mit China selbst in die Nähe gerückt. Deshalb wird die amerikanische Politik gewiß bestrebt sein, diese gefährlichen Möglichkeiten zu bannen, und sie wird wohl, auf weitere Sicht, alles tun, um insbesondere mit dem kommunistischen China, auch im Rahmen der Vereinigten Nationen, in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Hoffentlich ist diesen Bestrebungen ein rechtzeitiger Erfolg beschieden.

Was den Krieg in Korea selbst betrifft, so erfährt man aus der Feder eines tschechischen militärischen Fachmanns in der «New York Herald Tribune» interessante Dinge über den

Nachschub der Nordkoreaner,

dessen verhältnismäßig reibungsloser Fluß — trotz der amerikanischen Luftangriffe — zu Anfang des Feldzuges manchen Beobachter beeindruckt hat. Dazu erklärt nun der tschechische Fachmann, die Nordkoreaner hätten die russischen Methoden für Nachschub und Versorgung übernommen. Es ist dabei von der Tatsache auszugehen, daß die östlichen Armeen hauptsächlich aus Arbeitern und Bauern bestehen, die schon im Frieden nicht verwöhnt sind, und deshalb im Krieg vom Nachschub nicht viel erwarten, während im Gegensatz dazu die westlichen Begriffe, insbesondere die amerikanischen, auf eine mögliche Angleichung einer reichen Versorgung abzielen. So würden bei den östlichen Armeen außer für Munition und Brennstoff alle Transportanforderungen drastisch eingeschränkt. Für alles was irgendwie im Kampfgebiet selbst zu erhalten wäre, würden keine Transportleistungen bewilligt. Die Rote Armee habe während des Krieges Reparaturwerkstätten überhaupt nicht mitgeführt. Alles was gebraucht worden sei, wurde requiriert. Auch die Kocheinrichtung war sehr einfach. Ein großer Kessel wurde als ausreichend für 150 Mann betrachtet. Wascheinrichtungen wurden nicht mitgeführt. Die Feldpostbedienung war minimal. Ganz allgemein mußte sich die Truppe, wo immer es irgendwie anging, selbst versorgen, also aus dem Lande holen was zu holen war. Nach diesen russischen Rezepten verfuhren die Nordkoreaner, und das erklärt zu weiten Teilen ihren raschen Vormarsch.

Wie sehr es für den Westen als Gesamtheit wesentlich erscheint,

das erwachte Selbständigkeitsgefühl der fernen Völker

zu schonen und dieses Gefühl möglichst nicht den Bestrebungen der russischen Propaganda auszusetzen, ergibt sich zweifellos auch aus weiteren Gesichtspunkten. So könnten die Vermittlungsbemühungen des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru, der ein scharfer Gegner jeder Kolonialpolitik ist, vielleicht im Laufe der Zeit doch einmal wertvoll werden. Anderseits ist zu beachten, daß die Abkehr von den Kolonialmethoden auch in Afrika mit der Zeit in Erwägung gezogen werden muß, sollen dort unliebsame Entwicklungen vermieden werden. Ein Kennzeichen dafür mag die Motion sein, die von einigen farbigen Abgeordneten der europäischen Konsultativversammlung vorgelegt wurde, und welche insbesondere die folgenden Punkte enthält:

1. Abschaffung aller diskriminatorischen Gesetze aus Rassegründen,
2. Gewährung des Rechts auf Vereins-, Rede- und Pressefreiheit in allen afrikanischen Gebieten,
3. Einberufung von verfassunggebenden Versammlungen,
4. Anerkennung des Rechtes auf regionale Föderation ohne Rücksicht auf die gegenwärtigen Grenzen,
5. Anerkennung des Rechtes, eine afrikanische Union zu bilden,
6. Vorbereitung der Zurückziehung der fremden Truppen aus afrikanischem Boden.

Gewiß klingt dies vorläufig alles sehr nach Zukunftsmusik. Allein niemand kann sagen, wie lange es dauert, bis auch diese Dinge eines Tages gegenwärtig werden.

Im Verlaufe der Ereignisse um den Krieg in Korea hat sich inzwischen an einem wichtigen Brennpunkt der Weltpolitik, in Deutschland, eine bemerkenswerte Entwicklung herausgebildet. In Berlin zwar, dem «Brückenkopf der Freiheit», ist es vorerst noch ruhig geblieben, wenn man von den üblichen periodischen Störungen absieht. Dagegen hat die Frage,

ob Westdeutschland aufgerüstet werden soll,

eine nicht unerhebliche Spannung hervorgerufen. Sicher ist für heute allein, daß dieses Problem unter allen Gesichtspunkten sehr behutsam angefaßt werden muß und aller Voraussicht nach auch in diesem Sinne angefaßt werden wird. Von Seiten der westlichen Besetzungsmächte wird darüber jedenfalls nichts entschieden, bevor die Außenminister der Westmächte zu ihrer Konferenz in New York zusammengetreten sind, so daß mit einer auch nur vorläufigen Entscheidung vor Ende September nicht zu rechnen ist. Der Gründe für die in dieser Angelegenheit geübte Zurückhaltung sind viele. Es ist hier daran zu erinnern, daß Lord Wavell noch kurz vor seinem Tode in Amerika öffentlich erklärte, er halte nicht Rußland, sondern Deutschland für die größere Gefahr, und es ist kein Zweifel, daß verschiedene englische Staatsmänner und viele englische Generäle diese Ansicht des berühmten Feldmarschalls noch heute teilen. Und wenn nun davon die Rede geht, daß seit dem Ausbruch des Konfliktes in Korea nicht unbedeutende Kreise der westdeutschen Wirtschaft im Begriffe stehen, auf verschiedenen Wegen eine Rückversicherung abzuschließen für den Fall der kommunistischen Machtübernahme in Westdeutschland, so mag man sich verschiedener Perspektiven bewußt werden. Es ist auch mit dem 25. Juni 1950 nicht aller Tage Abend geworden, und für die kommende Entwicklung gewisser Dinge wird niemand eine Garantie übernehmen wollen. Und wenn es eines Tages einmal zu einer deutsch-russischen Koalition kommen sollte, dann würden sich verschiedene Leute nur ungern des Eifers erinnern, mit dem sie einmal die westdeutsche Aufrüstung befürwortet haben.

Vorläufig ist es freilich noch nicht so weit; es steht vielmehr — im Gegenteil — durchaus außer Zweifel, daß eine Aufrüstung Westdeutschlands von den Meistern der Ostzone und damit auch von ihren Trabanten höchst ungnädig aufgenommen würde. So drohte der ostdeutsche Kommunist August Kuper anläßlich einer Versammlung in Heidelberg mit dem Bürgerkrieg, wenn eine europäische Armee geschaffen und Westdeutschland remilitarisiert würde. Und er verstieg sich gar zu der Prognose, ein bewaffnetes Westdeutschland würde sofort russische Atombomben auf die westdeutschen Städte ziehen. Aber auch der westdeutsche Vizekanzler Blücher lehnte in einer kürzlichen Äußerung die Remilitarisierung ab und forderte die westdeutschen Politiker auf, weniger vom Krieg zu reden, da dieses Gerede erhebliche Gefahren in sich berge.

Es ist denn auch nach den bestehenden Eindrücken kaum anzunehmen, daß es in Westdeutschland zu einer wirklichen Aufrüstung kommt; vielmehr wird man sich im äußersten Falle wohl darauf beschränken, eine schlagkräftige Polizeitruppe aufzustellen, die in der Lage wäre, der Volkspolizei der Ostzone das Gegengewicht zu bieten. Auch ist ganz allgemein damit zu rechnen, daß die westdeutsche Bundesregierung ihren bisher eingenommenen Standpunkt nicht verlassen wird, wonach die Verteidigung Westdeutschlands grundsätzlich eine Angelegenheit der Alliierten sei, und daß im übrigen der Satz «Zuerst Souveränität und dann erst Soldaten» auch

im Bereiche der Aufstellung einer Bundespolizei Anwendung finden wird, wie es denn überhaupt durchaus möglich erscheint — und zwar im Zusammenhang mit gewissen Entwicklungen in der Ostzone —, daß in der Frage der Herstellung einer westdeutschen Souveränität in Bälde ein rascheres Tempo angeschlagen wird. Eine gewisse stimmungsmäßige Vorbereitung kann, wer will, in der von amerikanischer Seite erfolgten Haftentlassung von prominenten deutschen Kriegsverbrechern aus Landsberg erkennen.

«Banges Europa»

— so überschrieb kürzlich eine Tageszeitung ihren Bericht aus Paris. Nun ist es sicher, daß die Ereignisse im Fernen Osten einige Angstzustände hervorgerufen haben, die sich beispielsweise weit herum in Hamsterkäufen äußerten. Auch ist es unbestreitbar, daß das beste Mittel zur Abwendung der zweifellos verstärkten potentiellen Gefahr in der Verstärkung der eigenen militärischen Machtmittel bestände. General de Gaulle hat erklärt, für Frankreich wären notwendig 15 ständige Divisionen, 40 Divisionen im Falle der Mobilmachung, eine aus 5000 Flugzeugen bestehende Luftmacht und eine leistungsfähige Kriegsmarine. Die Zahl von 15 ständigen Divisionen scheint auch in den Memoranden der französischen Regierung zu Handen der Regierung von Washington erschienen zu sein. «Die Opfer, die das Land zu diesem Zweck auf sich zu nehmen hätte, seien nichts im Vergleich mit der Knechtschaft», so erklärte der General. Allein die Devise «Kanonen statt Parfum», die in dieser Forderung beschlossen liegt, will, wie der Korrespondent der Basler «National-Zeitung» aus Paris berichtet, dort nicht recht verfangen, und was im besonderen die Rezepte de Gaulles betrifft, so weisen sie stets eine stark persönliche Färbung auf, wie sie auch wesentlich unter dem Gesichtswinkel des Wunsches nach eigener Machtergreifung zu verstehen sind. Von ihm scheint, so berichtet der Korrespondent weiter, in Paris heute das Wort vom «Général de Division» umzugehen, was hier im Sinne der «Entzweiung» zu verstehen wäre.

Zweifellos ist es schwer — und das gilt im gleichen Maße von Großbritannien —, von Völkern, die in zwei Kriegen weitgehend ausgeblutet sind oder doch kaum im Begriffe stehen, sich von den furchtbaren Schlägen des letzten Krieges knapp zu erholen, wieder wirtschaftliche Einschränkungen zu Gunsten einer Aufrüstung zu verlangen. Aber die Amerikaner scheinen in diesem Falle nicht geneigt, die Finanzierung wieder beinahe völlig auf die eigene Kappe zu nehmen, und sie haben das ihren Partnern anscheinend deutlich zu verstehen gegeben. Es wird dem europäischen Westen eine gewisse Einschränkung der Erholungstendenzen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht erspart bleiben und von der amerikanischen Regierung auch zugemutet werden müssen, damit nicht in der Stimmung der Vereinigten Staaten mit der Zeit Entwicklungen eintreten, welche dann allerdings höchst unangenehme Auswirkungen auf Europa im gesamten zur Folge haben könnten.

Indessen wird man sich zweckmäßig darüber klar bleiben — und das gälte auch für eine eventuelle «Europäische Armee» —, daß Westeuropa ohnehin kaum in der Lage sein kann, eine Streitmacht aufzustellen, welche imstande wäre, einen Vorstoß der militärischen Macht der Sowjetunion — sei es am Rhein oder anderswo — tatsächlich aufzuhalten. Es wird sich demnach stets um eine beschränkte Aufrüstung handeln, indem die Konzeption bestehen bleibt, die schon vor dem Krieg in Korea Gültigkeit hatte: daß nämlich ein Angriff der Sowjetunion in Europa den

sofortigen Einsatz der Vereinigten Staaten hervorrufen würde, und zwar mit dem Einsatz der Atomwaffe, von welcher anzunehmen ist, daß sie mit Teilen bei der Luftwaffe placiert wurde, die in Großbritannien Station genommen hat und deren Bestände in dieser Zeit um 1000 Flugzeuge erhöht werden. Inwieweit der casus belli in dieser Form auch im Falle eines Angriffs der ostdeutschen Volkspolizei gegen Westdeutschland in Erscheinung treten würde, ist heute noch nicht endgültig abgeklärt. Es ließe sich denken, daß diese Frage gelegentlich zum Gegenstand eines offiziellen Schrittes der Vereinigten Staaten bei der östlichen Besetzungsmacht werden wird. Vielleicht besteht aber amerikanischerseits auch ein Interesse daran, die Angelegenheit vorerst im Halbdunkel zu lassen.

Wie man weiß, hat unlängst der ehemalige britische Staatsminister und Diplomat Duff Cooper den Vorschlag unterbreitet,

man möge der Sowjetunion ein Ultimatum stellen:

Rückzug der nordkoreanischen Truppen oder Abwurf der Atombombe auf Moskau. Es ist nicht anzunehmen, daß sich jemand finden wird, der geneigt wäre, die Verantwortung für diesen Schritt zu übernehmen. Nun hat es keinen Sinn, sich in diesem Zusammenhang im einzelnen über die Wirkungen der Atombombe zu verbreiten; immerhin hat der ehemalige Chef der R.A.F., Lord Trenchard, kürzlich erklärt, man müsse damit rechnen, daß im Falle eines Atombombenkrieges bereits nach einem Monat zehn bis zwanzig Millionen Tote zu verzeichnen wären. Gewiß ist nur eines: daß nämlich mit dem Einsatz dieser Superwaffe jenes «Unwiderrufliche» eintreten müßte, das bis jetzt immer noch vermieden worden ist. Nachdem sich unter den verantwortlichen Staatsmännern jedermann völlig klar darüber ist, was dieses «Unwiderrufliche» für die Welt bedeuten müßte, — vor allem auch: welche Risiken es für das eigene Land unter allen Umständen in sich tragen würde, ist nach wie vor nicht anzunehmen, daß dieser Fall eintritt.

Der britische Außenminister Bevin hat unlängst in einer größeren Rede vor dem Unterhaus das Problem des Atomkrieges behandelt und bei dieser Gelegenheit zum Schlusse dieses ausgesprochen:

> «Der Mensch hat jetzt die höchste Gewalt über die Kräfte der Natur erlangt; — höher als jemals in der Geschichte der Menschheit. Der Mensch hat es in seiner Macht, ganz leicht die Probleme der materiellen Existenz zu lösen. Er hat die wilden Tiere, die Insekten und die Mikroben besiegt. Wenn er will, so liegt vor ihm das goldene Zeitalter des Friedens und des Fortschritts. Er muß nur noch seinen letzten und schlimmsten Feind — sich selbst — besiegen».

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Die große Neuigkeit in Washington ist die Tatsache, daß

die Gestaltung der Außenpolitik

und die Leitung der internationalen Geschäfte der Vereinigten Staaten wieder einmal ins Zentrum des politischen Interesses gerückt sind. In Wirklichkeit ist es natürlich auch in den letzten paar Jahren der sogenannten «Zweiparteienschaft» in den auswärtigen Angelegenheiten schon so gewesen, aber man hat aus Höflichkeit immer so getan, als ob Demokraten und Republikaner auf diesem Gebiet im Einklang seien. Mit Hilfe einiger Republikaner ist es auch gelungen, der Außenwelt eine ziemlich geeinigte Front zu zeigen.

Das ist nun aber vorbei oder fast vorbei. Die Feststellungen, die von Vertretern der Minderheit im Senatskomitee für auswärtige Beziehungen gemacht wurden und in denen die Art, wie die Regierung die auswärtigen Geschäfte leitet, scharf angegriffen wurde, bringen eine ganze Reihe von Entwicklungen zum Abschluß, die mit aller Klarheit zeigen, daß bei den diesjährigen Wahlen die Außenpolitik als Faktor ins Gewicht fallen, ja vielleicht der Hauptpunkt sein wird. Die Wut über die Anschuldigungen des Senators McCarthy — bis heute sind sie noch nicht begründet —, der behauptet, daß Kommunisten in hohe Regierungsstellen eingedrungen seien, hat viel zur Verbitterung beigetragen, die sich bei den beiden Parteien zeigt. Die unablässigen Angriffe gegen die Regierungspolitik von seiten jener Parlamentsmitglieder, die mit Tschiang Kai-shek sympathisieren, sind ein weiterer Faktor.

Die Stimmung, die sich in der öffentlichen Meinung in Amerika gegenwärtig ausdrückt, verdient mehr als nur beiläufig erwähnt zu werden. Zur Zeit des Angriffs auf Südkorea waren die Redaktoren fast aller Zeitungen einmütig der Auffassung, Präsident Truman verdiene Lob für sein rasches Handeln und den Einsatz amerikanischer Streitkräfte zur Unterstützung der Vereinigten Nationen. Die Presse sprach abwechslungsweise von der «Erleichterung», dem «Ansporn zum Handeln» und sogar von der «Dankbarkeit» des amerikanischen Volkes dafür, daß nun endlich die Würfel gefallen seien in diesem Krieg gegen die Sowjetunion, der kein Krieg ist. Mit Einschränkungen ist das auch wahr, aber ausländische Beobachter der amerikanischen Außenpolitik sollten sich darüber klar sein, daß es eben nur beschränkt wahr ist.

Wenn Ihr Korrespondent die

Stimmung des Durchschnittsamerikaners

in einem Worte ausdrücken müßte, würde er die Bezeichnung «schicksalergeben» wählen. Diese Feststellung ist nach einer Reise durch mehrere Staaten der Union gemacht worden. Es besteht wenig echte Begeisterung für die «Polizeiaktion» in Korea, obwohl die meisten Leute glauben, der Präsident habe gar nicht anders handeln können. Aber man kann die Stimmung heute auf keinen Fall vergleichen mit jener über Nacht entstandenen nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour. Heute ist es einfach so: man hat erkannt — und ist dabei nicht glücklich —, daß die Russen zum Halten gebracht werden müssen und Korea zufällig das vom Schicksal zu diesem Zweck bestimmte Gebiet ist.

Diese Stimmung, der Mangel an Angriffslust und Bereitschaft zur Hingabe an diese nationale Sache, nagende Zweifel in bezug auf verschiedene Aspekte der amerikanischen Außenpolitik — alle diese Faktoren zusammen machen die Lage reif zur Ausbeutung durch die Politiker. Und das ist es, was sich jetzt abspielt.

Die Politik, die jetzt getrieben wird und weiterhin getrieben werden wird, verdient nicht als hochklassig bezeichnet zu werden. Sie wird kaum etwas beitragen zur Entwicklung einer gesunden Weltlage. Die Verlautbarungen der vier republikanischen Senatoren, zu denen Senator Vandenberg seine «allgemeine Zustimmung» ausgedrückt hat, ist ein solcher Fall. Die darin enthaltene Kritik ist das, was die Amerikaner «Monday morning quarterbacking» nennen, das heißt: dem Führer einer Sportmannschaft wird klar gemacht, wie er hätte spielen sollen, nachdem seine Mannschaft den Kampf verloren hat. Die Empfehlungen, wie man sich in Zukunft zu verhalten habe, sind ihrer Natur nach fromme Gemeinplätze.

Es wird jedoch noch zu ernsten Auseinandersetzungen über diese verschiedenen Aspekte der amerikanischen Außenpolitik kommen. Die Stimmberechtigten, die über diese Probleme nachdenken, sind in ihren Ansichten scharf getrennt.

Da ist zunächst

das Problem Tschiang Kai-shek

und das damit zusammenhängende: sollen die chinesischen Kommunisten bei den Vereinigten Nationen einen Sitz erhalten oder nicht? Man hat das Gefühl, daß schließlich die Regierung von Peking doch zugelassen werden muß. Warum also nicht gleich? Die amerikanischen Bewunderer Pandit Nehrus, die sehr zahlreich sind, zeigen sich von seinen Argumenten in dieser Sache sehr beeindruckt.

Das Problem Indochina.

Viele Amerikaner machen sich Sorgen, weil sie nicht verstehen, daß die amerikanische Regierung die französische Kolonialpolitik unterstützen kann, die eine schwächliche Marionettenregierung eingesetzt hat, welche anerkanntermaßen vom Volk gehaßt wird. Dagegen wünscht natürlich niemand, daß Indochina in die Hände des Kreml falle. Die Lage scheint demnach ein unlösbares Rätsel.

Weitere Schritte zur

Stärkung Westeuropas,

das immer noch als das Gebiet gilt, das für die Washingtoner Politiker an erster Stelle kommt, werden wahrscheinlich auch zu ernsten Auseinandersetzungen führen. Es steht fest, daß die Verbündeten des Atlantikpaktes weitere materielle Hilfe erhalten werden, aber wenn die Westdeutschen wieder bewaffnet werden sollen oder Franco als Waffenbruder in Frage kommt, wird es zu scharfen Meinungsverschiedenheiten kommen.

Die große Gesamtlinie der amerikanischen Außenpolitik

gerät langsam in das Feld der Kritik. Journalisten wie etwa Walter Lippmann kommen zum Schluß, daß die Vereinigten Staaten nicht imstande sind, ihre eigene Sicherheit und diejenige Westeuropas sicherzustellen und gleichzeitig Revolutionen auf dem ganzen Gebiet Asiens zu unterdrücken. Er ist der bekannteste Vertreter dieser Anschauung und rät der westlichen Welt, ihre Ziele dem vorhandenen Material anzupassen. Er meint, die Stärke der westlichen Welt genüge nicht, die eurasisch-sowjetische Drohung im Fernen Osten unter Kontrolle zu bringen und gleichzeitig die atlantische Gemeinschaft wirksam gegen den Kommunismus zu schützen. Wenn die Enttäuschungen und die Entmutigung über die Vorgänge im Fernen Osten weiter an Boden gewinnen, wird Lippmanns Auffassung an Stärke gewinnen.

Es gehört zu den Grundauffassungen der Demokratie, daß solche Angelegenheiten breitgeschlagen werden. Das kann aber für die amerikanische Regierung peinlich werden in den kritischen Wochen vor dem Wahltag im November. Bereits

ist ja Staatssekretär Acheson zum bevorzugten Prügelknaben der Republikaner im Kongreß geworden. Der Verteidigungsminister Johnson steht ihm nicht weit nach. So wird es weitergehen in den kommenden Wochen. Diese Tendenz wird an Boden gewinnen und kann sehr wohl ihre Wirkung haben. Politische Voraussagen sind auch im besten Falle gefährlich, aber man begibt sich nicht aufs Glatteis, wenn man sagt, daß alle Zeichen darauf hinweisen, daß die Republikaner bei den Kongreßwahlen nicht unbeträchtliche Gewinne machen werden.

Gute Nachrichten aus Korea und dem Hauptquartier der Vereinigten Nationen könnten die Aussichten ändern, aber im gegenwärtigen Augenblick ist der Ausblick finster.

Dieses unerfreuliche Bild des inneren Kampfes wegen der amerikanischen Außenpolitik wird etwas erhellt durch folgende Feststellung: die Vereinigten Staaten werden in Korea ihre Pflicht tun. Auch den Vereinigten Nationen gegenüber werden sie ihre Verpflichtungen einhalten. Sie werden sich bemühen, einen höheren Grad militärischer Bereitschaft und Stärke zu erreichen. Sie werden im Einklang mit den anderen Mächten des Atlantikpaktes die Aufrüstung Westeuropas beschleunigen. Und endlich werden sie den Verlockungen des «appeasement» nicht unterliegen.

Aber was in den Vereinigten Staaten und vielleicht in der ganzen demokratischen Welt noch kommen muß, ist eine geistige Mobilmachung. Und, was wichtig ist, diese Mobilisation muß so sein, daß ihr Glaubensbekenntnis auch von jenen Asiaten bejaht werden kann, deren Liebe zur Freiheit kein bißchen weniger glühend ist als die unsrige. Was wir nötig haben, ist eine Neubestimmung der Hauptpunkte, die in Frage stehen, und zwar in Ausdrücken, die so einfach und vielsagend sind wie jene, die Abraham Lincoln während des amerikanischen Bürgerdkrieges fand, oder Churchill in Großbritanniens dunkelster Stunde. Dann, und nur dann können die geistige Stärke der freien Welt, ihre Menschenreserven und ihre Industrie für den harten Kampf gegen den Totalitarismus wirklich mobilisiert werden.

Richard J. Davis

Brief aus Rumänien

Die Korrespondenten der westlichen Presse, die heute nach Südosteuropa reisen, um von dort ihren Zeitungen zu berichten, haben es jetzt leichter als noch vor zwei Jahren, wo sie noch um ihre aus den Volksdemokratien abgesandten Berichte bangen mußten — ganz abgesehen von den unangenehmen Folgen, welche diese Tätigkeit im Dienst der Aufklärung der westlichen Völker für sie haben konnte. Auch jetzt ist es diesbezüglich nicht leichter geworden, aber es bleibt ein Ausweg, den es früher nicht gab: Tito. Das will heißen, daß die Korrespondenten heute nur ihren Weg in eine jugoslawische Grenzstadt zu nehmen brauchen, um dort ihre Post nach London oder Paris aufzugeben, wobei allerdings die Visafrage oft Schwierigkeiten bietet.

So bin ich in der angenehmen Lage, von der Grenzstadt Werschetz, einer ehemals vorwiegend deutschen Siedlung, über Rumänien zu berichten, denn natürlich hat heute Tito an schöngefärbten Berichten über seine ehemaligen Freunde in Rumänien, Albanien und Ungarn kein Interesse mehr. Seit meiner letzten Reise (siehe Bericht im Januarheft 1950) hat sich an den Verhältnissen wenig geändert. Im Gegen-

satz zu den anderen Satellitenstaaten weist die rumänische Regierung nur wenige personelle Umbesetzungen in letzter Zeit auf, was aber nur so viel heißt, daß eben dort der sowjetische Einfluß direkt wirksam ist und die rumänische Regierung daher mehr als eine andere des Südostens zu einem bloßen Exekutivorgan Moskaus werden läßt. Dies bedeutet natürlich nicht, daß deshalb innerhalb der kommunistischen Arbeiterpartei keine Gegensätze bestehen würden; — aber sie dringen kaum an die Öffentlichkeit und seit der Entfernung des ersten kommunistischen Ministers nach dem Umsturz im Sommer 1944, Lucretiu Patrascanu, und der anfangs dieses Jahres erfolgten Verhaftung Misa Levins, der immerhin Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterpartei war, hat es keine weiteren Sensationen mehr gegeben.

Ziemlich unerwartet kam aber die im Sommer durchgeführte

Säuberung der Arbeiterpartei,

aus der nicht weniger als 192 000 Mitglieder — ein volles Fünftel des Bestandes — ausgeschlossen wurde. Wie in den anderen Staaten entledigte man sich auch in Rumänien der Mitläufer, die ja bei der allgemeinen Postenjägerei nur einen unnötigen Ballast darstellen; man entfernt aber schrittweise auch die sozialistische Konkurrenz, von deren Führern ja bisher immer noch elf in dem aus 41 Mitgliedern bestehenden ZK der RAP saßen. Eine bis in die höchsten Staatsstellen gehende Säuberung hat man allerdings bisher noch nicht unternommen; die Zeit dazu ist noch nicht reif, aber auch in Rumänien sind die Tage der sozialistischen Kollaboranten, die dort Radaceanu, Voitec und Jordaschescu heißen, gezählt.

Vorläufig hat man noch mit der alten, seit Ausrufung der Volksrepublik unterdrückten bäuerlich-bürgerlichen Opposition zu tun. Erst vor einigen Wochen verhaftete man deren Führer, weil diese glaubten, sie könnten ähnlich wie unter Calinescu und Antonescu konspirieren. Unter ihnen befanden sich nicht nur die alten Widersacher der Kommunisten, nämlich die drei liberalen Politiker Constantin, Dinu und Gheorge Bratianu, die ehemaligen Minister Manolescu-Strunga, Halippa und Leon, sondern auch jene Opportunisten, die um des persönlichen Vorteiles willen die liberale Partei verließen und — unter eigener Flagge — mit den Kommunisten jahrelang zusammenarbeiteten: Gheorge Tatarescu, Bejan, Alexandrini und Vantu — alle einmal Minister der gegenwärtigen Groza-Regierung. Auch der 1946 aus der Emigration zurückgekehrte ehemalige Ministerpräsident Constantin Argetoianu, der dann eine eigene, kleine Partei gründete und diese 1948 der Regierung zuführte, wurde nicht verschont und kam hinter Schloß und Riegel.

Gerade als ich Rumänien verließ, wurde der Richterspruch gegen zwölf «titoistische Hochverräter und Spione» verkündet: drei Todesurteile und neun Zuchthausstrafen. Die Angeklagten waren allesamt Angehörige der serbischen Minderheit im Senat; sie wurden des Versuches einer Anschlußbewegung an Jugoslawien beschuldigt. Es hieß, daß sie mit aus Jugoslawien importierten Flugschriften im Grenzgebiet eine staatsfeindliche Propaganda entfaltet, das Bild Titos öffentlich zur Schau gestellt und die «Prawda» auf offener Straße verbrannt hätten. Wie dem nun auch wirklich sei: das Banat war bekanntlich bis 1924 zwischen Rumänien und Jugoslawien umstritten und man benützt es jetzt, um den Konflikt mit Jugoslawien zu verschärfen, da sich alle Angeklagten auf Belgrader Instruktionen beriefen und nicht nur die jugoslawische Gesandtschaft in Bukarest, sondern auch die Buchhandlung «Jugoslawisches Buch» und die jugoslawische Flußschiffahrtskommission der Spionage beschuldigten.

Man darf also nach dem im Juli durchgeführten Hochverratsprozeß, der von der Ausweisung des päpstlichen Nuntius gefolgt war, nunmehr mit dem völligen Bruch zu Tito rechnen, der möglicherweise auch noch andere Folgen als die Liquidierung der jugoslawischen Legation zur Folge haben wird.

Problematische Wirtschaftslage

Kann sich Rumänien dies alles erlauben? Wäre es ein vollsouveräner Staat und nur auf seine eigenen Interessen bedacht, so müßte es jeder Verwicklung aus dem Wege gehen. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist nämlich alles andere als günstig. Man braucht nur den letzten Bericht der Staatlichen Planungskommission zu analysieren, der ein gutes Bild von dem Mißerfolg des Staatsplanes gibt. Dieser amtliche Bericht zeigt nämlich, daß die Planziffern in den Monaten April bis Juni von vier Wirtschaftsministerien und weiteren drei Staatsgenossenschaften und Generaldirektionen nicht erfüllt wurden. So konnten die wichtige Petroleumindustrie nur 96 %, die Kohlenindustrie gleichfalls 96, die Textilindustrie 97, die Lederindustrie knapp 96, die Werkstättenproduktion 91, die Schiffswerften gar nur 89 % der vorgenommenen Entwicklung erreichen. Auch Baumaterialien erzielten nur 93 %. Auf dem Lebensmittelsektor liegen gerade zwei wichtige Sparten, nämlich Fleisch (74 %) und Speiseöle (88 %), weit zurück, während bei Futterpflanzen nur 78 und bei Zuckerrüben kaum 86 % erreicht werden konnten.

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, wollte man noch weitere Ziffern über die sehr prekären Ergebnisse des rumänischen Staatsplanes 1950 anführen. Auch soll nicht verschwiegen werden, daß andere fünf Ministerien und das Departement für Lokalwirtschaft ihre Sollziffern erfüllt haben, doch handelt es sich hier um weniger wichtige Ressorts. Besonders interessant ist jene Stelle des Berichtes, an der von der «nicht entsprechenden Qualität» bei der Produktion verschiedener Industrieerzeugnisse gesprochen wird. Die ganze Antreiberei der Arbeiterschaft, die gerade in Rumänien in besonderer Blüte steht, hat mit all' ihren Grund-, Einsparungs- und Qualitätsbrigaden also nicht viel genützt.

Große Unzufriedenheit herrscht auch bei den Bauern. Dies ist verständlich, denn die Kollektivisierung schreitet immer weiter fort. Bisher wurden (seit Jahresbeginn) bereits 729 Kollektivfarmen nach russischem Muster gegründet. Offiziell übt die Regierung auf die Entprivatisierung bäuerlichen Bodens keinen Druck aus; aber sie fördert die neuen Kollektivgüter durch Zuteilung von Boden, Gebäuden und Maschinen. Die Abgaben an den Staat wurden für dieses Jahr um 20 % herabgesetzt, was natürlich — neben noch anderen Bevorzugungen — einen nicht zu unterschätzenden Anreiz darstellt. Die von der Arbeiterpartei betriebene Spaltung der Bauern in «Kulaken» und «Kleinlandwirte» tut ein übriges, um die Eintracht im Dorfe zu stören und die dem Regime im allgemeinen feindlich eingestellten Bauern gegeneinander zu treiben. Es kam daher schon einigemale vor, daß besonders eifrige Parteifunktionäre von den aufgebrachten Bauern überfallen und erschlagen wurden.

Trotz all' diesen Versuchen, die kommunistischen Ideen auch im Landvolk zu verbreiten, scheinen die Erfolge der Partei bisher noch sehr problematisch zu sein. Im Mai mußte die Regierung zwei Dekrete erlassen, in denen die Bauern mit der Todesstrafe bedroht wurden, falls sie ihre Bodenerzeugnisse nicht zum vorgeschriebenen Satz ablieferten. Trotzdem vergeht beinahe kein Tag, an dem die Zeitungen nicht von Fällen der «Erntesabotage» berichteten: ein Bauer hatte seine Dreschmaschine versteckt, um sie nicht ausleihen zu müssen, ein zweiter hatte Saatgut verfüttert, andere hatten zu früh oder zu spät geerntet. In allen Fällen folgten Verurteilungen zu schweren Kerkerstrafen, doch scheinen selbst diese nicht die nötige Wirkung zu tun. Die Fundamente der rumänischen Volksdemokratie sind eben wirklich nur sehr schwach und vertragen keine äußeren Erschütterungen.

Militärische Umschau

Amerikanische Wunderwaffen?

In den letzten Monaten konnte man auch in europäischen Zeitungen seltsam anmutende Berichte über amerikanische Wunderwaffen lesen, die eine Revolutionierung der Kriegführung zugunsten der Verteidigung zur Folge haben würden. Dank diesen neuen Waffen werde es verhältnismäßig kleinen Armeen aus bestausgebildeten Männern möglich sein, jeden Angriff weit überlegener Kräfte abzuwehren [1]).

Der Krieg in Korea hat uns eines anderen belehrt. *Direkte Berichte zuständiger amerikanischer Stellen* über die Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Waffengebiet erlauben folgende Feststellungen:

Die Öffentlichkeit ist etwas überrascht und enttäuscht, daß der Krieg in Korea zum größten Teil mit Waffen des zweiten Weltkrieges ausgefochten wird. Für militärische Fachleute bildet diese Tatsache aber keine besondere Überraschung, denn sie kennen die Größe der Zeitspanne zwischen der Konstruktion einer neuen Waffe, ihrer serienweisen Herstellung und ihrer wirksamen Verwendung bei der Truppe [2]).

Aber selbst Kenner der Kriegführung sind vielleicht durch Gerüchte über neue und weiterentwickelte Waffen irregeführt worden, die in den letzten Monaten, im besonderen aus amerikanischen Quellen, durchgesickert sind. Wenn gewisse, von «bestinformierter Seite» stammende Berichte der amerikanischen Presse für bare Münze genommen werden könnten, stünden den westlichen Alliierten Waffen von solcher Stärke zur unmittelbaren Verfügung, daß die Drohung des Sowjetkolosses jetzt schon spürbar geringer geworden wäre. Aus dem Pentagon strahlte ein solches Vertrauen, z. B. in die neuen Tankabwehrwaffen und den entsprechenden Kampfmethoden, daß gewisse Leute dem Glauben anheimfielen, der Tank sei heute ein Anachronismus und die Tatsache, daß die Russen dieser Waffe so viel Bedeutung zumessen, sei für die schlaueren Westmächte ein Segen. Korea hat jedoch gezeigt, wie falsch diese Ansicht heute noch ist.

Es war ein Fehler, die Verbreitung von Berichten über neue Waffen zu unterstützen, selbst dann, wenn man der Meinung war, diese Ankündigung werde die Zuversicht der demokratischen Alliierten festigen. Es wäre aber ein weit größerer Fehler, zuzulassen, daß die Berichte aus Korea die Perspektiven in der Waffenfrage zerstören und demzufolge in den Arsenalen der demokratischen Staaten zu viele Waffen nach Modellen des Jahres 1945 aufgestapelt würden. Das Problem ist schwierig und erfordert von der militärischen und zivilen Führung in Washington ein Maximum an kluger Voraussicht, in einem Zeitpunkt, da sich bereits die Räder in raschem Tempo drehen, um die U.S.A. militärisch zu stärken und die Wiederaufrüstung der freien, demokratischen Staaten zu beschleunigen. Die Kräfte des internationalen Kommunismus würden zweifellos nichts lieber sehen als eine Kräftevergeudung bei der Herstellung bereits überholter Waffen. Was ist nun wahr hinsichtlich der Frage «Neue Waffen»? Aus naheliegenden Gründen kann die Antwort nicht bis in Einzelheiten gehen; aber im allgemeinen ist die Feststellung er-

---

[1]) Die Hamburger Wochenzeitung «Die Zeit» publizierte in ihrer Nummer vom 15. Juni 1950 einen Artikel «Die amerikanischen Wunderwaffen», der unter anderem eine vom Kriegsminister in West Point gehaltene Rede erwähnte über «Neue Mittel der Panzerabwehr, ferngelenkte Waffen und Raketen mit Zielsuchgeräten, sowie über die Möglichkeit des taktischen Einsatzes von Atomwaffen».

[2]) Die Pariser Ausgabe der «New York Harald Tribune» brachte in ihrer Nummer vom 7. August eine Notiz der Associated Press folgenden Inhalts: «American troops will have to fight the holding phase of the Korean campaign with world war II tanks, some of them improved since 1945».

laubt, daß neue und bessere Waffen in Aussicht stehen. Einige nähern sich der Vollendung, während andere noch Monate oder sogar Jahre zur Fertigstellung brauchen. Zunächst soll ein kurzer Überblick über die in der amerikanischen Presse in letzter Zeit erwähnten Waffen gegeben werden:

Bei den Waffen für Erdtruppen bezieht sich ein beträchtlicher Teil der in Aussicht gestellten Verbesserungen auf die *Munition*. Das Prinzip der Hohlladung zum Beispiel hat sich, obwohl nicht ganz neu, noch nicht voll entwickelt. Theoretisch verlangt man von dieser Granate, die Sprengladung müsse konkav sein wie ein Blitzlicht-Reflektor, so daß sich ihre Gewalt bei der Explosion in einen dünnen Strahl konzentriert, gleich wie ein Reflektor die Lichtstrahlen konzentriert. Das Resultat ist eine gewaltig erhöhte Durchschlagskraft der Panzerung. Um wirksam zu sein, muß eine solche Granate mit geformter Ladung ein Minimum an Rotationsbewegung haben, da diese eher eine Zerstreuung als eine Konzentration der Explosivkraft bewirkt. Man weiß, daß diese Granate auch bei rückschlaglosen Waffen verwendet werden kann. — Eine weitere Neuerung auf dem Gebiet der Munition bildet die «Kürbiskopf»-Garanate, die bei den traditionellen Artilleriewaffen verwendet werden soll. Diese Waffe, die auf beträchtliche Distanzen gegen Tanks wirksam sein soll, richtet mehr Schaden durch ungeheure Erschütterung an, als durch ihre Durchschlagskraft. Sie wird wahrscheinlich in kürzerer Zeit fertiggestellt werden, als die Granate mit geformter Ladung.

Es werden auch neue *Luftabwehrwaffen* konstruiert. Hierüber ist so viel durchgesickert, daß man auf diesem Gebiet Fortschritte erwarten darf, die Erstaunen erregen werden, besonders hinsichtlich Abfangen sehr schneller und hochfliegender Apparate. Das Erscheinen von Düsenflugzeugen mit Überschallgeschwindigkeit hatte zur Folge, daß der größte Teil der Ausrüstung für die Luftabwehr heute zu veralten beginnt. Hier handelt es sich nicht nur um die Frage wirksamer Munition, sondern um das Problem der Ausrüstung mit Elektronenapparaten, die Flugzeuge finden und abfangen, die vielleicht 960 Stundenkilometer zurücklegen und sich 16 Kilometer über der Erde bewegen. Auch bei der Luftabwehr-Artillerie sind Verbesserungen zu verzeichnen. Ferner werden neue Raketengeschosse und solche mit Eigenlenkung das Arsenal der Luftabwehr vervollständigen.

Die größten Enthüllungen der letzten Zeit beziehen sich auf die Anwendung der *Atomenergie* bei der Artillerie und den lenkbaren Geschossen. Wenn man aber auf diese Entwicklung näher eingehen will, ist sehr wenig Tatsachenmaterial erhältlich, auf das man sich stützen könnte. Gewisse Tatsachen oder Vermutungen sollen aber erwähnt werden: Erstens sind schon bestimmte Fortschritte gemacht worden. Zweitens ist es wahrscheinlich, daß kleinere, atomische Explosionen, das heißt kleiner als die auf Nagasaki abgeworfene Bombe, angestrebt werden. Drittens glauben militärische Fachleute, daß solche Waffen einen bestimmten, taktischen Wert gegen beträchtliche Ansammlungen von Menschen und Maschinen hätten, zum Beispiel bei Brückenköpfen oder Gebirgskolonnen. Viertens sind Waffen dieser Art von allen Neuerungen am weitesten von der Verwirklichung entfernt und müssen noch vier oder fünf Jahre, vielleicht noch länger abgewartet werden.

Auf dem Gebiete der *Luftwaffe* ist festzustellen, daß einige der ersten offiziellen Berichte aus Korea verschiedene Berichterstatter und Journalisten veranlaßten, Zweifel zu äußern über den Wert der Düsenflugzeuge mit Überschallgeschwindigkeit in der Verwendung als Unterstützung für Erdtruppen. Das war Unsinn, wie dies viele nachfolgende Frontberichte beweisen. Die amerikanische Lockheed F-80 hat sich tatsächlich als besonders gute Jagdmaschine erwiesen. Alle Schwierigkeiten, die sich ihr in den ersten Stadien der Kampfhandlungen in Korea entgegenstellten, waren den ungewöhnlichen Wetterbedingungen zuzuschreiben oder der zu großen Entfernung zwischen Basis und Front und dem Mangel an Verbindungen zwischen Erde und Luft. Wenn die Geschichte der ersten Wochen des koreanischen Krieges einmal ganz enthüllt werden kann, wird zweifellos festgestellt werden, daß der

modernen amerikanischen Luftmacht das Hauptverdienst beim Eindämmen der Flut der Angreifer zukommt. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Luftwaffe seit dem Jahre 1945 gelten als gewaltig.

Weitere wichtige Waffen der Zukunft sind die *gelenkten Geschosse*. Es ist allerdings schwer, festzustellen, wie weit man noch vom Ziel entfernt ist. Bereits haben aber verschiedene amerikanische Typen eine bemerkenswerte Reichweite und Genauigkeit gezeigt. Von besonderem Interesse sind die Arbeiten auf dem Gebiet der Geschosse, die von Schiffen, auch von Unterseebooten aus abgefeuert werden. Diese Waffe wird voraussichtlich einmal von großer Bedeutung sein, wenn auch ihre Verwendung nicht für die unmittelbare Zukunft geplant ist. In diesem Zusammenhang soll auch die Arbeit an den mit Atomkraft ausgestatteten Unterseebooten erwähnt werden. Ein wichtiger Schritt ist gemacht, aber es ist erst der erste Schritt in einer notwendigerweise viel Zeit beanspruchenden Entwicklung.

Zu viel *Gerede über neue Waffen* hat ernstlichen Schaden gestiftet, der möglichst rasch wieder gut gemacht werden muß; die Erfahrungen in Korea haben ihn allerdings bereits weitgehend behoben. Es ist die falsche Auffassung, daß heute Kriege «billig» und rasch sein können und der Einsatz großer Truppenmassen wenn nicht gänzlich veraltet, so doch wenigstens von rasch abnehmender Bedeutung sei. Es ist immer noch eine militärische Grundwahrheit, daß der Boden nur durch Erdtruppen gehalten oder erobert werden kann.

Es sollte heute klar sein, daß die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Erdtruppen, Marine- und Luftstreitkräften die Grundlage aller erfolgreichen, militärischen Operationen ist. Man darf sich nicht ausschließlich oder in besonderem Maße auf eine der drei Gattungen verlassen. Bei der Zuteilung der bewilligten Kredite für die militärische Bereitschaft darf es keine Stiefkinder geben. Für innere Kämpfe zwischen den Waffengattungen, die vor noch nicht langer Zeit in den U.S.A. üblich waren, ist heute weder Raum noch Zeit. Bei den Generalstabsbesprechungen und auf dem Schlachtfeld muß volle Gleichberechtigung herrschen. Allein schon das richtige Erfassen dieser Tatsache kann eine mächtige «neue Waffe» bilden. Auf dem Gebiet der Neuerungen technischer Einzelheiten muß man Vertrauen in die Zukunft haben. Die Neuerungen werden kommen; man darf aber keine Wunder über Nacht erwarten. Ohne Unterschätzung der Feinde glaubt man in den U.S.A. erwarten zu dürfen, daß die anerkannte wissenschaftliche und industrielle Überlegenheit der westlichen Welt, unter kluger Führung, weiterhin ein Bollwerk der Freiheit sei.

Miles